

Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend Nicht formulierte Volksinitiative "Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt"

2017/353

vom 17. Januar 2018

1. Ausgangslage

Am 15. Oktober 2015 wurde die vorgeprüfte, nicht formulierte Volksinitiative «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt» im Amtsblatt publiziert und am 21. März 2016 bei der Landeskanzlei mit 2024 gültigen Unterschriften eingereicht. Das nicht formulierte Begehren lautet:

«Der Kanton Basel-Landschaft steigt zum nächstmöglichen Termin aus dem Passepartout-Projekt aus. Hierfür kündigt er nötigenfalls bestehende interkantonale Bestimmungen und Vereinbarungen mit verpflichtendem Charakter – oder Teile davon – sowie Staatsverträge und Konkordate – oder Teile davon – und hebt weiteres geltendes Recht auf, das diesem Begehren widerspricht. Der Fremdsprachenunterricht an den Volksschulen erfolgt inhaltlich wie vor der Einführung des Passepartout-Projektes. Er basiert auf einem klar und übersichtlich strukturierten Unterricht, der neben der Förderung des Mündlichen ebenso Wert legt auf einen sukzessiven Aufbau von Grammatik, Grundwortschatz und Orthografie. Die Lehrmittel *Mille feuilles*, *Clin d'Oeil* und *New World* dürfen somit an den Volksschulen nicht mehr eingesetzt werden.»

Die Landeskanzlei publizierte das Zustandekommen der Volksinitiative im Amtsblatt vom 28. April 2016. Die Prüfung der Volksinitiative durch den Rechtsdienst des Regierungsrates vom 25. August 2016 ergab, dass sie die Erfordernisse erfüllt und rechtsgültig ist. Am 4. Mai 2017 hat der Landrat die Initiative für rechtsgültig erklärt (2016/306).

Der Regierungsrat weist darauf hin, dass ein Austritt aus Passepartout keine Kündigung der interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) bedeutet, da die Initiative die Einführung von zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe nicht einschränkt. Die Passepartout-Vereinbarung der Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Solothurn, Bern, Fribourg und Wallis zur gemeinsamen Entwicklung des Fremdsprachenunterrichts endet zudem per 31. Juli 2018.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass der geltende Lehrplan die geforderte Form des Fremdsprachenunterrichts ermöglicht, indem insbesondere die Bedürfnisse und Voraussetzungen der Primarschulkinder berücksichtigt werden und ein sukzessiver Aufbau in den genannten sprachlichen Bereichen ermöglicht und gefördert wird. Die Kritik wird ernstgenommen. Aus dem Dialog mit den Beteiligten fliessen seit Beginn des Projektes laufend Kritikpunkte und Verbesserungsvorschläge in Anpassungen ein.

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, die nicht formulierte Volksinitiative «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt» abzulehnen und den Stimmberechtigten ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung zu unterbreiten. Den Stimmberechtigten wird empfohlen, die Initiative abzulehnen.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission hat die Vorlage anlässlich ihrer Sitzungen am 9. und 23. November 2017 im Beisein von Regierungsrätin Monica Gschwind (nur 9.11.), Severin Fallner, Generalsekretär BKSD, Beat Lüthy, Leiter Amt für Volksschulen, und VertreterInnen des Initiativkomitees (nur 9.11.) beraten.

2.2. Eintreten

Eintreten ist unbestritten.

2.3. Detailberatung

Die VertreterInnen des Initiativkomitees betonen eine ihrer Meinung nach bestehende allumfassende Kritik am Passepartout-Projekt. Eltern, Lehrpersonen und SchülerInnen würden sich negativ äussern. Als Hauptursache für das Scheitern des Projektes wird dabei eine von ihnen so bezeichnete «Passepartout-Ideologie» genannt. Diese «Ideologie des Sprachbads» gehe davon aus, dass Kinder darin eintauchen und die fremdsprachlichen Fähigkeiten von allein aufsaugen, ohne gross in Strukturen und Grammatik unterwiesen werden zu müssen. Die InitiantInnen können sich eine solche Situation vorstellen, allerdings eher im privaten Bereich. Bei zwei oder maximal drei Lektionen Sprachunterricht kann ihrer Meinung nach ein solcher Effekt jedoch nicht erzielt werden. Weiter wird kritisiert, dass Lehrpersonen nur noch als Coaches fungieren und die Kinder die Logik der Sprache selbst erkennen sollen, ohne sie durch Grammatik und Strukturen vermittelt bekommen zu müssen. Die Kritik wird von der Verwaltung wahrgenommen. Es wurde eine Austauschrunde «Passepartout» eingesetzt, in der alle Systembeteiligten (Leiter AVS, ProjektleiterInnen AVS, Vertretungen der amtlichen Kantonalkonferenz der Baselbieter Lehrerinnen und Lehrer AKK, Lehrerinnen und Lehrerverein Basel-Landschaft LVB, Schulleitungskonferenzen der Primar- und Sekundarschulen SLK Prim und SLK Sek I, Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste VPOD, Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter BL VSL) vertreten sind. Die Runde wird von der Direktionsvorsteherin selbst geleitet. Aus dieser Austauschrunde entstanden zwei Produkte: Einerseits die Umsetzungshilfe (Schnittstelle Primar-Sekundarschule), andererseits die Fachhearings, aus welchen ein Bericht entstehen wird, der in der Austauschrunde Passepartout erörtert wird. Die Verwaltung betont, dass für die nächsten zwei Jahre ungefähr CHF 130'000 im AFP für die Evaluation des Passepartout-Projekts eingestellt seien. Solange die definitiven Resultate der Evaluationen nicht vorliegen, lassen sich keine Aussagen über den Erfolg oder Nichterfolg des Passepartout-Projekts machen, insofern könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht von einem Scheitern des Projekts gesprochen werden. Auf Primarschulebene würden die Ergebnisse als Zwischenbericht 2018 und auf Sekundarschulebene 2021 erwartet.

Die InitiantInnen bezeichnen notdürftige Anpassungen wie die Umsetzungshilfe als reine Kosmetik, da sie an der Ideologie von Passepartout nichts ändern würden. Erst eine Korrektur des Prinzips führe zum Erfolg. Heute würden SchülerInnen nach vier Jahren Französisch weniger Fähigkeiten mitbringen, als nach zwei Jahren im alten System auf Primarstufe. Das Problem seien aber nicht die Lehrpersonen, sondern das System dahinter. Dies zeige sich jedoch erst nach dem Übertritt in die Sekundarstufe, welcher das sang- und klanglose Scheitern aufdecke.

Ein Kommissionsmitglied möchte wissen, ob es Erhebungen in anderen oder über alle Passepartoutkantone hinweg gibt. Die Verwaltung antwortet, dass dies der Grund sei, weshalb der Kanton wissenschaftlich gestützte Erhebungen abwarten möchte. Der auf der Primarstufe durchgeführte Check ergibt ein anderes Bild als eine von den InitiantInnen präsentierte Umfrage bei Lehrpersonen. Der Kanton möchte wissen, was die SchülerInnen wirklich können. Erst auf dieser Basis lassen sich weitere Entscheidungen treffen. Diese Entscheidungen bedürfen jedoch einer soliden, wissenschaftlichen Grundlage. In anderen Kantonen sei zudem die Kritik weit weniger heftig.

Die InitiantInnen entgegnen, dass nicht nur in Baselland, sondern auch im Kanton Solothurn das Urteil nach dem ersten Jahr des Passepartoutprojekts vernichtend gewesen sei. Aus der

Kommission wird jedoch eingewendet, dass Umfragen kurz nach der Einführung eines neuen Systems meist ein eher schlechtes Bild zeichnen, dass also sowohl die Umfragen des LVB als auch diejenige im Kanton Solothurn sicherlich zu früh erfolgt seien. Auch die Rückmeldungen aus den Sekundarschulen seien nicht so negativ, wie dies die InitiantInnen darstellen, wird aus der Kommission bestätigt.

Viele Kritikpunkte der InitiantInnen werden von der Kommission als überzeichnet gesehen. SchülerInnen wechselten nach Ansicht zumindest einiger Kommissionsmitglieder mit guten Vorkenntnissen in die Sekundarstufe und es sei keinesfalls so, dass die Sekundarlehrpersonen bei null beginnen müssten. Die Wichtigkeit der Schnittstelle zwischen Primar- und Sekundarstufe wird jedoch betont. Der Kontakt zwischen den Lehrpersonen muss gefördert werden, damit die Sekundarlehrpersonen die SchülerInnen da abholen können, wo sie stehen. Was Französisch anbelangt, ist nach der Primarschule ein grosses Wissen vorhanden. Den Wortschatz in einer Konversation anwenden zu können, bereite in der Sekundarschule jedoch vielen noch Probleme. Starke SchülerInnen könnten dies relativ schnell umsetzen. Für schwache SchülerInnen sei dies schwieriger, auch weil das Lehrmittel *Mille feuilles* sie überfordere.

Von einer Weiterführung des Projektes Passepartout profitiere laut den InitiantInnen einzig die Weiterbildungsindustrie. Die Passepartout-Lehrmittel sind Einweglehrmittel und nachdem die SchülerInnen diese benutzt haben, werden sie entsorgt. Entsprechend seien die Lehrmittel bis zu 11mal so teuer wie die Vorgängerlehrmittel. Der Lebenszyklus des früheren Englischlehrmittels sei beispielsweise auf sechs Jahre ausgelegt gewesen. Effektiv gebraucht worden sei es zehn bis zwölf Jahre. Ein Ausstieg aus dem Passepartout-Projekt habe also auch positive finanzielle Folgen, da sich bei den Lehrmitteln Einsparungen erzielen liessen. Des Weiteren seien die Passepartout-Lehrmittel unbrauchbar. Lehrpersonen unterrichteten nach eigenen Dossiers oder mit Hilfe unzähliger Kopien aus alten Lehrmitteln. Die Passepartout-Lehrmittel würden laut Meinung der InitiantInnen der Initiative lediglich pro forma an die SchülerInnen verteilt und von Zeit zu Zeit benutzt, um sich vor allfälligen Lehrmittelkontrollen schützen zu können. Die angesprochene Evaluation sollte berücksichtigen, wer mit den neuen Lehrmitteln unterrichtet hat und wer nicht. Problematisch sei, dass wohl die meisten Lehrpersonen behaupten würden, dass sie mit den Passepartout-Lehrmitteln arbeiten würden. Dies verfälsche das Resultat der Evaluation und die Lehrpersonen korrigierten zudem damit tagtäglich die Unzulänglichkeiten des Systems Passepartout und der dazugehörigen Lehrmittel.

Das Problem der Einweglehrmittel wird von den Kommissionsmitgliedern anerkannt, doch auch hier werden ein Mittelweg und der gesunde Menschenverstand empfohlen. Gerade im Niveau A kommen die Klassen nicht so weit, als dass alle Bücher benutzt werden. Übriggebliebene Lehrmittel sollten dann nicht ungenutzt entsorgt, sondern wieder eingesetzt werden, was nach Meinung der Kommission sicherlich auch so praktiziert wird. Der Kanton ist hier angehalten, solches nachzuprüfen und so dem Materialverschleiss aus ökonomischen und ökologischen Gründen entgegenzutreten.

Auf die Frage eines Kommissionsmitglieds, ob ein Kompromiss in dieser Sache ein möglicher Ausweg sei? Beispielsweise ein Gegenvorschlag, der es möglich mache, die Initiative so umzusetzen, dass die neuen Lehrmittel (New World, Milles feuilles, Clin d'oeil) per sofort nicht mehr benutzt werden müssen. Die InitiantInnen der Initiative antworten, dass sie einen Gegenvorschlag, der Sekundarlehrpersonen die Nutzung anderer Lehrmittel offiziell erlaubt, akzeptieren könnten. Grund dafür sei die Überzeugung, dass eine überwiegende Mehrheit der Lehrpersonen andere Lehrmittel verwenden würde. Das Problem sei der Druck auf die Lehrpersonen, mit den Passepartout-Lehrmitteln arbeiten zu müssen. Deshalb wurde im Initiativtext pointiert ein Verbot dieser Lehrmittel gefordert. Ein Gegenvorschlag, der den Lehrpersonen die Wahl lässt, sei absolut vorstellbar.

Im Verlauf der weiteren Diskussion eines solchen Gegenvorschlags wird von der Verwaltung jedoch erörtert, dass eine freie Lehrmittelwahl nicht funktioniere. Grund dafür sei, dass die Lehrmittel auf die Lehrpläne zugeschnitten seien. Somit besteht eine gegenseitige Abhängigkeit. Mit einer freien Lehrmittelwahl befände sich jede Lehrperson fachinhaltlich an einem anderen Ort. Den Lehrpersonen sollen aber zukünftig mehr Freiheiten bzgl. der Lehrmittel gegeben werden. Es würden jedoch Kriterien erarbeitet, welche die Lehrmittel erfüllen müssten. Eine Vergrösserung

des Spielraums der Lehrpersonen wird angestrebt und kann eine Verbesserung bedeuten. Entsprechend wird der Gedanke eines Gegenvorschlags auch von der BSK nicht weiter verfolgt.

Die InitiantInnen werden gefragt, welches Vorgehen sie in Bezug auf Lehrmittel und Unterricht vorschlagen, sollte die Initiative angenommen werden. Die InitiantInnen antworten, dass die Initiative absichtlich nichtformuliert eingereicht worden sei, um der Regierung entsprechenden Spielraum zu geben. Bei einer Annahme durch den Landrat hätte die Regierung zwei Jahre Zeit, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten. Wichtig sei, dass Veränderungen aufsteigend nach Jahrgängen stattfinden. SchülerInnen, welche mit den neuen Lehrmitteln begonnen haben, sollen auch bei Erfolg der Initiative damit weiterarbeiten.

Die Verwaltung betont, der Kanton BL sei beim Projekt Passepartout nicht allein. Es gibt sechs Passepartout-Kantone, welche die Lehrmittel zusammen entwickelt haben und diese nun auch nutzen. Nach anderen Lehrmitteln zu suchen, wie von den InitiantInnen vorgeschlagen, ist nicht möglich, da es keine anderen Kantone gibt, welche Französisch als Fremdsprache auf Primarstufe kennen. Somit wäre die einzige Möglichkeit, zum alten Lehrmittel zurückzukehren, was aber eigentlich auch niemand will. Der Lehrmittelverlag sei jedoch gefordert, Optimierungsmassnahmen zu ergreifen, da der Ausstieg eines Kantons erhebliche finanzielle Konsequenzen für den Verlag nach sich ziehen würde. Aus diesem Grund ist es auch im Interesse des Verlags, die Lehrmittel weiterzuentwickeln. Die Forderung richtet sich diesbezüglich klar nicht nach einer weiteren Verdichtung und mehr Heften. Was Französisch angeht: Die Bücher *Mille feuilles* 5 und 6 werden weiterentwickelt und die neuentwickelte Spielbox *On bavarde* soll ermöglichen, dass SchülerInnen Alltagswortschatz spielerisch erwerben und üben können. Auf Nachfrage der Kommission wird bestätigt, dass auch die Niveaudifferenzierung in den Lehrmitteln ein geforderter Aspekt der Überarbeitung ist.

Die Verwaltung wird gefragt, ob Lehrpersonen, welche ein mehrjähriges Studium vorweisen können, tatsächlich gezwungen werden, eine Weiterbildung zu absolvieren. Die Weiterbildung beziehe sich nicht auf fachliche Aspekte, sondern auf die neue Methodik des Unterrichtens, so die Antwort. Die Lehrpersonen müssen sich, trotz eines Studiums, mit den neuen Lehrmitteln, welche ganz anders aufgebaut seien, vertraut machen. Diese Weiterbildung dauert 8,5 Tage. Ein Kommissionsmitglied betont, dass Primarschullehrpersonen über sehr gute Ausbildungen in Englisch und Französisch verfügen und einen viel grösseren Rucksack mitbringen, als dies noch vor einigen Jahren der Fall war. Diese Ansicht unterstützt ein weiteres Kommissionsmitglied, das ansonsten eher die Meinung der InitiantInnen teilt. Alle Lehrpersonen, die an der Primarschule unterrichten können Sprachniveau C1 vorweisen – noch nie verfügte der Kanton über besser ausgebildete Fremdsprachenlehrpersonen auf der Primarstufe. Die Zusatzausbildungen haben hauptsächlich auch mit der Umstellung auf sechs Jahre Primarschule zu tun. Gymnasien haben sich schon vor 15 Jahren über zu geringe Französischkenntnisse der SchülerInnen beklagt, also war auch im alten System nicht alles so gut, wie es die InitiantInnen darstellten.

Ein weiterer Diskussionspunkt im Rahmen der Kommissionsberatung betrifft die abnehmenden Kompetenzen der SchülerInnen im Fach Deutsch, welche die InitiantInnen auf die absorbierten Ressourcen für die Fremdsprachen auf Stufe Primar zurückführen. Ein Kommissionsmitglied bezeichnet den Output am Ende der obligatorischen Schulzeit als matchentscheidend. Die Frage, über welche Fremdsprachenkompetenzen die SchülerInnen verfügen, ist wichtig. Noch viel wichtiger ist jedoch, dass dem offenbar kontinuierlich stattfindenden Niedergang der Deutschkompetenzen Einhalt geboten wird. Ein weiteres Mitglied bestätigt die mangelnden Deutschkenntnisse, betont jedoch, dass es sich dabei um ein Phänomen handle, das seit längerer Zeit zu beobachten sei. Auch Berufsschullehrpersonen bestätigten dies. Bei deren SchülerInnen handelt es sich jedoch um solche, die noch nach dem alten System beschult wurden und keinen Frühenglischunterricht erhalten haben. Insofern können die schlechter werdenden Deutschkenntnisse nicht auf die Umstellung auf Passepartout zurückgeführt werden. Das Mitglied ist der Ansicht, dass im Deutschunterricht zu wenig Verbindlichkeiten festgelegt sind und die Lehrpersonen zu viele Freiheiten haben, gerade auch in Bezug auf die Lehrmittelwahl. Ein

Lösungsansatz ist, die Verbindlichkeiten der Fächer Englisch und Französisch auch im Fach Deutsch Einzug halten zu lassen.

Abschliessend wird die grundsätzliche Frage gestellt, was im Kanton Baselland, bei der Initiierung des Projekts Passepartout falsch gelaufen sei, dass das ganze System derart in Frage gestellt werde. Die Verwaltung antwortet, dass das Problem die grundsätzliche Ablehnung des Projekts seitens einiger Lehrpersonen sei. Zu Beginn des Projekts Passepartout sei im Stil von «die Mehrsprachendidaktik ist neu, alles Bisherige ist nichts wert und die Lehrpersonen müssen lange Weiterbildungen absolvieren» falsch kommuniziert worden. Diese Haltung hat Gegenreaktionen ausgelöst, welche jetzt zu spüren sind. Die grundsätzliche Ablehnung des Projekts sei wohl mit dieser frühen Phase der Kommunikation zu begründen. Kritik wird offen entgegengenommen. Es müssen jedoch die wissenschaftlichen Erhebungen abgewartet werden, um beurteilen zu können, welche Kritik überhaupt berechtigt ist.

3. Antrag an den Landrat

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat mit 8:2 Stimmen, die nicht formulierte Volksinitiative abzulehnen und den Stimmberechtigten ebenfalls die Ablehnung zu empfehlen.

17.01.2018 / bw

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Christoph Hänggi, Präsident

Beilage

- Landratsbeschluss (unverändert)

(unveränderter Entwurf)

Landratsbeschluss

betreffend Nicht formulierte Volksinitiative "Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt"

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die nicht formulierte Volksinitiative „Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt“ wird abgelehnt.
2. Im Rahmen der Volksabstimmung wird den Stimmberechtigten empfohlen, die nicht formulierte Volksinitiative „Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt“ abzulehnen.

Liestal, Datum wird von der LKA eingesetzt!

Im Namen des Landrates

Der/die Präsident/in:

Der Landschreiber: